

Protokoll 23. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 16. November 2022, 21.00 Uhr bis 23.28 Uhr, in der Halle 9
in Zürich-Oerlikon

Vorsitz: Präsident Matthias Probst (Grüne)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)

Anwesend: 116 Mitglieder

Abwesend: Susanne Brunner (SVP), Rahel Habegger (SP), Dr. Roland Hohmann (Grüne),
Christine Huber (GLP), Claudia Rabelbauer (EVP), Dr. Frank Rühli (FDP), Marion Schmid (SP),
Christian Traber (Die Mitte), Sebastian Vogel (FDP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste
folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 27. | 2022/200 | E/T Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und 6 Mitunterzeichnenden vom 18.05.2022:
Einbau von lärmarmen Strassenbelägen, Verwendung von Materialien, die einen Beitrag zur Hitzeminderung leisten | VTE |
| 28. | 2022/250 | E/A Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Hannah Locher (SP) vom 15.06.2022:
Parkanlagen, durchgehende Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit | VTE |
| 29. | 2022/263 | E/A Postulat von Anna Graff (SP), Martin Busekros (Grüne) und 3 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022:
Realisierung einer stadteinwärts führenden Veloroute an der Nordstrasse zwischen der Rotbuchstrasse und der Kornhausstrasse durch Entfernung der Parkplätze der Blauen Zone | VTE |
| 30. | 2022/325 | A Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.07.2022:
Sofortiger Abbruch des Projekts «Brings uf d'Strass!» | VTE |
| 32. | 2022/340 | E/A Postulat von Anna Graff (SP), Selina Frey (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 13.07.2022:
Entwicklung und Stärkung niederschwelliger Angebote in den Quartieren im Bereich Lastentransporte | VTE |

- | | | | | |
|-----|--------------------------|-----|--|-----|
| 34. | 2022/373 | E/A | Postulat von Anna Graff (SP), Marco Denoth (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 24.08.2022:
Einrichtung von energieeffizienten Velozählstellen an stark frequentierten Orten von strategischem Interesse | VTE |
| 37. | 2022/443 | E/A | Postulat von Benedikt Gerth (Die Mitte), Heidi Egger (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 14.09.2022:
Umsetzung der Velovorzugsroute Affoltern–Oerlikon unter Vermeidung von Konflikten zwischen Velofahrenden und den Besuchenden des Jonas-Furrer-Parks | VTE |
| 39. | 2022/460 | A | Postulat von Sven Sobernheim (GLP) und Carla Reinhard (GLP) vom 21.09.2022:
Anpassung der Zuständigkeiten im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens gemäss Strassengesetz (StrG) | VTE |

Mitteilungen

Die Mitteilungen des Ratspräsidenten werden zur Kenntnis genommen.

Geschäfte

956. 2022/200

**Postulat von Dr. Roland Hohmann (Grüne), Markus Knauss (Grüne) und 6 Mitunterzeichnenden vom 18.05.2022:
Einbau von lärmarmen Strassenbelägen, Verwendung von Materialien, die einen Beitrag zur Hitzeminderung leisten**

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Markus Knauss (Grüne) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 105/2022).

Stephan Iten (SVP) begründet den von Samuel Balsiger (SVP) namens der SVP-Fraktion am 8. Juni 2022 gestellten Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, ob und wie beim geplanten Einbau von lärmarmen Strassenbelägen Materialien verwendet werden können, die nicht nur eine lärmreduzierende Wirkung haben, sondern auch einen Beitrag zur Hitzeminderung in der Stadt leisten können, wie dies bereits am 30. Oktober 2021 im kommunalen Verkehrsrichtplan (GR Nr. 2019/436) im Antrag 16 von der SVP gefordert, aber von den Grünen abgelehnt wurde.

Markus Knauss (Grüne) ist mit der Textänderung nicht einverstanden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 112 gegen 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

957. 2022/250
Postulat von Reis Luzhnica (SP) und Hannah Locher (SP) vom 15.06.2022:
Parkanlagen, durchgehende Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Reis Luzhnica (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 230/2022).

Jean-Marc Jung (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 29. Juni 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 67 gegen 48 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

958. 2022/263
Postulat von Anna Graff (SP), Martin Busekros (Grüne) und 3 Mitunterzeichnenden vom 22.06.2022:
Realisierung einer stadteinwärts führenden Veloroute an der Nordstrasse zwischen der Rotbuchstrasse und der Kornhausstrasse durch Entfernung der Parkplätze der Blauen Zone

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 261/2022).

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 6. Juli 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Das Postulat wird mit 58 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

959. 2022/325
Postulat von Samuel Balsiger (SVP) und Stephan Iten (SVP) vom 06.07.2022:
Sofortiger Abbruch des Projekts «Brings uf d'Strass!»

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Samuel Balsiger (SVP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 370/2022).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 40 gegen 74 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) abgelehnt.

Mitteilung an den Stadtrat

960. 2022/340
Postulat von Anna Graff (SP), Selina Frey (GLP) und 2 Mitunterzeichnenden vom 13.07.2022:
Entwicklung und Stärkung niederschwelliger Angebote in den Quartieren im Bereich Lastentransporte

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Selina Frey (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 409/2022).

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 31. August 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Michael Schmid (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie man in den Quartieren niederschwellige Angebote im Bereich Lastentransport (z.B. mittels Sharingangebot von Cargovelos und Veloanhängern sowie Mietoptionen nicht ausgelasteter städtischer Elektrofahrzeuge) entwickeln oder stärken kann. Geprüft werden soll dabei insbesondere, ob die Stadt selber ein Sharing-Angebot entwickeln soll oder ob sie private Angebote – seien es neue oder bestehende – so fördern kann, dass diese stadtweit und möglichst flächendeckend an festen Stationen zur Verfügung stehen. Ebenfalls soll geprüft werden, ob das geschaffene bzw. unterstützte Angebot in bestehende Apps (wie etwa ZüriMobil) integriert werden kann.

Anna Graff (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 73 gegen 41 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

961. 2022/373
Postulat von Anna Graff (SP), Marco Denoth (SP) und 4 Mitunterzeichnenden vom 24.08.2022:
Einrichtung von energieeffizienten Velozählstellen an stark frequentierten Orten von strategischem Interesse

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Anna Graff (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 485/2022).

Derek Richter (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-

Fraktion am 7. September 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Mischa Schiwow (AL) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, an welchen stark frequentierten Orten von strategischem Interesse energieeffiziente Velozählstellen eingerichtet werden können. Die Anzahl Velofahrten sollen dabei vor Ort wie auch im Internet livetagesaktuell angezeigt werden.

Marco Denoth (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 58 gegen 56 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

962. 2022/443
Postulat von Benedikt Gerth (Die Mitte), Heidi Egger (SP) und 1 Mitunterzeichnenden vom 14.09.2022:
Umsetzung der Velovorzugsroute Affoltern–Oerlikon unter Vermeidung von Konflikten zwischen Velofahrenden und den Besuchenden des Jonas-Furrer-Parks

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Benedikt Gerth (Die Mitte) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 625/2022).

Stephan Iten (SVP) begründet den von Roger Bartholdi (SVP) namens der SVP-Fraktion am 28. September 2022 gestellten Ablehnungsantrag.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 96 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

963. 2022/460
Postulat von Sven Sobernheim (GLP) und Carla Reinhard (GLP) vom 21.09.2022:
Anpassung der Zuständigkeiten im Rahmen des Mitwirkungsverfahrens gemäss Strassengesetz (StrG)

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Sven Sobernheim (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 669/2022).

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Tiefbau- und Entsorgungsdepartements Stellung.

Das Postulat wird mit 75 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

964. 2022/578

Postulat der SP-, Grüne-, GLP-, AL- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 16.11.2022: Ersatzneubau der Personenunterführung beim Bahnhof Altstetten, Gewährleistung einer sicheren Veloführung über den Altstetterplatz und auf den nördlichen Zufahrten

Von der SP-, Grüne-, GLP-, AL- und Die Mitte/EVP-Fraktion ist am 16. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Zusammenhang mit dem Ersatzneubau der Personenunterführung beim Bahnhof Altstetten eine sichere Ausgestaltung der Veloführung über den Altstetterplatz sowie auf den nördlichen Zufahrten gewährleistet werden kann, die die potentielle Konflikte zwischen Velofahrenden und Fussgänger:innen auf ein Minimum reduziert.

Begründung:

Die Weisung GR Nr. 2022/307, Ersatzneubau Personenunterführung und Neubau Velostation beim Bahnhof Altstetten, befasst sich mit dem Tiefbau auf dem SBB-Areal. Damit die Velounterführung aber ihre volle Wirkung erfüllen kann, sind auch die Zulaufstrecken über den Altstetterplatz und Vulkanstrasse für alle sicher und konfliktfrei auszugestalten.

Der Anbindung aller Velorouten (gemäss kommunalem Verkehrsrichtplan und kantonale Veloschnellroute) ist lückenlos zu gewährleisten.

Mitteilung an den Stadtrat

965. 2022/579

Postulat der SP-, Grüne-, AL- und Die Mitte/EVP-Fraktion vom 16.11.2022: Projektierung der Personenunterführung West beim Bahnhof Altstetten, Realisierung von mindestens 1500 Veloabstellplätzen im Perimeter westlich der Publikumsanlagen der SBB

Von der SP-, Grüne-, AL- und Die Mitte/EVP-Fraktion ist am 16. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der weiteren Projektierung der Personenunterführung West beim Bahnhof Altstetten mindestens 1500 ober- und unterirdische Veloabstellplätze im Perimeter westlich der Publikumsanlagen der SBB realisiert werden können.

Begründung:

In der Weisung GR Nr. 2022/307, Ersatzneubau Personenunterführung und Neubau Velostation beim Bahnhof Altstetten, sind im Zusammenhang mit der Personenunterführung 520 Veloabstellplätze vorgesehen. Diese Anzahl entspricht in etwa der heute vorhandenen Anzahl Veloabstellplätze. Wie in der Weisung ausgeführt wird, sind die Veloabstellplätze schon heute stark ausgelastet. Mit einer weiteren Zunahme der Veloparkierenden werde gerechnet.

Mit der Realisierung der Veloinfrastrukturen gemäss Richtplan wird die Nachfrage rasant zunehmen. Diesem zunehmenden Bedarf ist Rechnung zu tragen, damit die Velos nicht den Altstetterplatz oder Publikumsanlagen der SBB verstellen. Es ist darauf zu achten, dass auch eine ausreichende Anzahl oberirdische Veloabstellplätze zur Verfügung steht.

Mitteilung an den Stadtrat

966. 2022/580
Postulat der SP-, Grüne- und AL-Fraktion vom 16.11.2022:
Projektierung der Personenunterführung West beim Bahnhof Altstetten,
Realisierung einer deutlichen Verbreiterung

Von der SP-, Grüne- und AL-Fraktion ist am 16. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie bei der weiteren Projektierung der Personenunterführung West beim Bahnhof Altstetten eine Verbreiterung realisiert werden kann, welche deutlich über die 9m der Bestvariante der Vorstudie hinausgeht. Dabei ist eine Mindestbreite von 6 m für den Veloverkehr in der unterirdischen Anlage vorzusehen, und die Veloroute ist baulich von den Fussgänger:innen zu trennen. Besonderes Gewicht ist auf eine hohe Funktionalität und Sicherheit insbesondere in den Knotenbereichen zu legen. Dazu ist von Beginn an ein spezialisiertes Verkehrsbüro für Veloinfrastrukturen beizuziehen.

Begründung:

In der Weisung GR Nr. 2022/307, Ersatzneubau Personenunterführung und Neubau Velostation beim Bahnhof Altstetten, ist eine Bestvariante mit einer viel zu geringen Breite präsentiert worden. Auch die Veloroute ist zu schmal. Zudem fehlt jegliche bauliche Abgrenzung zwischen Zufussgehenden und Velofahrenden. Auch sind die Knotenbereiche bisher mangelhaft ausgestaltet.

Die Zugänge zu den Veloabstellplätzen sind so auszubilden, dass Konflikte bei der Ein- und Ausfahrt vermieden werden können.

Eine Ausgestaltung, die eine hohe Funktionalität und Sicherheit gewährleistet, ist eine zwingende Voraussetzung, damit dieses Bauwerk seinen Zweck erfüllen kann. Dabei ist auch der Beizug von spezialisierten Fachkräften zwingend erforderlich.

Mitteilung an den Stadtrat

967. 2022/581
Postulat von Islam Alijaj (SP) und Selina Frey (GLP) vom 16.11.2022:
Zonenplanänderung Hasenrain, Erhalt einer angemessenen Anzahl Parkplätze für
Menschen mit Mobilitätseinschränkungen

Von Islam Alijaj (SP) und Selina Frey (GLP) ist am 16. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eine angemessene Anzahl von Parkplätzen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen auch nach der Umzonung der Parzelle erhalten werden kann, sodass das Erholungsgebiet Hasenrain weiterhin für alle zugänglich und erreichbar bleibt.

Begründung:

Der Hasenrain ist ein beliebtes Erholungsgebiet. So dient er für verschiedene Freizeit- und Sportaktivitäten und ist gerade für die Bevölkerung aus dem Kreis 9 ein rege genutztes Ausflugsziel. Die Zugänglichkeit und Erreichbarkeit des Hasenrains ist beschränkt, eine ÖV-Verbindung ist nicht vorhanden und wird auch nicht in näherer Zukunft umsetzbar sein. Ein barrierefreier und stufenloser Fussgängerweg ist ebenfalls nicht gegeben und auch beim Ausbau der Fusswege so nicht vorgesehen. Menschen mit Mobilitätseinschränkungen haben gar keine andere Wahl als auf das Auto zurückzugreifen. Damit diese Menschen nicht einmal mehr ausgeschlossen werden, ist ein minimales Parkangebot von einigen Parkplätzen für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen notwendig.

Mitteilung an den Stadtrat

968. 2022/582**Postulat von Selina Frey (GLP), Serap Kahrman (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden vom 16.11.2022:****Verbesserung der Situation am Fischerweg betreffend zu Fuss Gehenden und Velos mit kurzfristigen Überbrückungsmassnahmen**

Von Selina Frey (GLP), Serap Kahrman (GLP) und 3 Mitunterzeichnenden ist am 16. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie man mit kurzfristigen Überbrückungsmassnahmen die angespannte Situation am Fischerweg zwischen FussgängerInnen und (E-)Velos verbessern kann. Es sollen Massnahmen geprüft werden, die zur vorübergehenden Geschwindigkeitsreduktion beitragen z.B. eine Geschwindigkeitsbegrenzung und lokale mobile Messstationen wie sie von Quartieren mit Kindern bekannt sind.

Begründung:

Aufgrund der engen Platzverhältnisse und der starken Mobilitätsauslastung fühlen sich ältere oder mobilitätseingeschränkte AnwohnerInnen nicht mehr wohl bei ihren Spaziergängen. Obwohl schnelle E-Bikes mit gelbem Nummernschild nicht mit eingeschaltetem Motor befahren dürfen, halten sich leider nicht alle daran. Die Plakatkampagne, welche zur Rücksichtnahme auffordert, erreicht leider nicht alle und vor allem die hohen Geschwindigkeiten führen zu gefährlich empfundenen Situationen. Die Nutzungsbedürfnisse um den Fischerweg sind sehr breit von FussgängerInnen, RadfahrerInnen und Eltern mit ihren Kinderwagen oder Laufrädern. Diese Koexistenz soll weiterhin gegeben sein und die angedachten Massnahmen eine kurzfristige Überbrückungsmassnahme darstellen.

Bis das geplante Bauprojekt im Jahr 2023 des Tiefbauamts zu Erleichterung führen kann, ist ein wichtiger Teil der Bevölkerung in ihrem Bewegungsraum eingeschränkt. Darum bitten wir die Verwaltung neue Übergangsmassnahmen zumindest zu testen, alternativ zu der bisherigen Plakatkampagne, welche leider nicht den gewünschten Effekt erzielt.

Mitteilung an den Stadtrat

969. 2022/583**Postulat von Tanja Maag Sturzenegger (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) vom 16.11.2022:****200 Stellenprozent für professionelle interkulturelle Übersetzende vor Ort am Stadthospital Zürich**

Von Tanja Maag Sturzenegger (AL) und Dr. David Garcia Nuñez (AL) ist am 16. November 2022 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen des vierjährigen Projektprojekts betreffend Finanzierung eines flächendeckenden, niederschweligen, interkulturellen Übersetzungs- und Dolmetscherdienst (IÜDD) 200 Stellenprozent für professionelle interkulturelle Übersetzer*innen am Stadthospital vor Ort geschaffen werden können.

Begründung:

Die rechtlichen Vorgaben des Zürcher Patientinnen- und Patientengesetz verlangen, dass ein Behandlungsgespräch inhaltlich verstanden werden muss, damit die Einwilligung der Patient*innen gültig ist. Dies führt unter anderem dazu, dass der Bedarf an IÜDD am STZ im Vergleich zu den anderen Dienstabteilungen am grössten ist. Dies wird in der Bestandesaufnahme im Rahmen der Weisung 2022/286 (sh. Seite 6, Tabelle 1) belegt. Ebenfalls wird gezeigt, dass mehr IÜDD vor Ort als per Telefon zum Einsatz kommen, da die Gesprächsqualität vor Ort besser ist.

Durch Ansprechpersonen vor Ort könnte (zumindest tagsüber) die Hemmschwelle für die Inanspruchnahme professionellen interkulturellen Übersetzungs- und Dolmetscherdienst gesenkt werden. Durch die Konstanz und die Kenntnisse der spitalinternen Strukturen können diese Personen auch effizienter arbeiten. Die in der Motion GR 2029/287 geforderte Niederschwelligkeit wird so besser gewährleistet. Weiter fallen Vorlaufzeit und der personelle Aufwand für das Organisieren einer externen Übersetzenden nach Möglichkeit weg. Einsatzkosten externer Übersetzenden von rund 150 Franken / Stunde auf eine Arbeitswoche von 42h

schlagen mit rund 25'000.- pro Monat zu Buche. Mit dieser Summe liessen sich 200 Stellenprozente gut finanzieren.

Das Ambulatorium der Kinderklinik des STZ pflegt diese Handhabung bereits in der Arbeit mit Kindern, die von der AOZ betreut werden. In den allgemeinen Ambulatorium-Sprechstunden sind laut Angaben aus der Weisung 2022/286 bereits heute IÜDD vor Ort.

Mitteilung an den Stadtrat

Die sechs Postulate werden auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

970. 2022/584

Schriftliche Anfrage von Moritz Bögli (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) vom 16.11.2022:

Integrierte Sonderschulung, Situation betreffend Anstellungsbedingungen von Angestellten innerhalb eines Sondersettings, Rückmeldungen und Erfahrungen zum Systemwechsel hin zur Verantwortung der Regelschule und Budgetsituation zu den Sonderschulmassnahmen sowie Administrativ- und Führungsaufwand auf der Ebene Schulleitung

Von Moritz Bögli (AL) und Tanja Maag Sturzenegger (AL) ist am 16. November 2022 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Mit Beginn dieses Schuljahres wurde in den Zürcher Volksschulen die bisherige «Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Sonderschule» (ISS) durch die «Integrierte Sonderschulung in der Verantwortung der Regelschule» (ISR) ersetzt. Aufgrund dessen sind Heilpädagog*innen in der Integration neu nicht mehr an der Heilpädagogischen Schule (HPS) sondern direkt an der Regelschule und folglich kantonale angestellt. Diese Verschiebung bedeutete massgebliche Änderungen in Anstellungsbedingungen sowie fachliche Praxis für alle in Sonderschulung beschäftigte Menschen. Vor allem im Fall eines Wegzuges eines Kindes mit sonderschulischen Massnahmen während des Schuljahres kann dies grosse Auswirkung nicht nur auf die zuständigen Heilpädagog*innen, sondern auch auf weitere in der Sonderschulung beschäftigten Menschen wie Klassenassistenten oder Therapiepersonal haben, da die Stunden ja im Gegensatz zu den «Integrativen Fördermassnahmen» (IF) an das Kind gebunden sind.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. In GR 2022/477 wurde bereits nach der genauen Anzahl der ISR-Schüler*innen gefragt. Wir bitten wir um eine Auflistung, wie oft in den letzten drei Schuljahren ISR- bzw. ISS- Schüler*innen während einem Schuljahr aus dem Schulkreis weggezogen sind. Kennt der Stadtrat Fälle, in welchen der Wegzug bewusst aufgrund des Settings passiert ist?
2. Mussten dieses Schuljahr Heilpädagog*innen bereits Kündigungen aufgrund eines Wegzuges während dem Schuljahr ausgesprochen werden? Wie oft mussten in den letzten drei Jahren Angestellten mit anderen Funktionen innerhalb eines Sondersettings (z.B. Klassenassistenten, Logopädie, Psychomotorik, Betreuungsperson, etc.) aufgrund eines Wegzuges gekündigt werden?
3. Inwiefern kann die Stadt sicherstellen bzw. minimieren, dass Angestellten, welche von einem Wegzug eines Kindes mit Sonderschulmassnahmen betroffen sind, keine Kündigungen ausgesprochen werden müssen?
4. Bei der HPS wurde im Falle eines Wegzuges falls möglich auf die Bedürfnisse und Wünsche der Mitarbeitenden Rücksicht genommen. Durch die Reduzierung der Ausgleichsmöglichkeiten auf einen Schulkreis ist dies markant schwieriger geworden. Damit riskiert die Stadt in einem Bereich, in dem ausgebildetes Personal schwer zu finden ist, den Verlust dieses Fachpersonals. Inwiefern kann die Stadt deshalb sicherstellen, dass die Bedürfnisse der Angestellten angemessen recht getragen wird?
5. Welche Meinung vertraten die Sozialpartner*innen (z.B. ZLV, VPOD, VSLZH) bezüglich des Wechsels von ISS zu ISR? Gab es bereits Rückmeldungen von KSB, Angestellten oder Sozialpartner*innen seit der Einführung des neuen Systems? Wenn ja, welche?
6. Aus der Praxis hört man immer wieder, dass aufgrund der Budgetierung und der damit verbundenen Begrenzung von Sonderschulmassnahmen einem Kind keine Stunden gesprochen, da bereits ein anderes Kind in der gleichen Klasse Sonderschulmassnahmen hat. Dies, obwohl es sonst die Kriterien eigentlich erfüllen würde. Durch einen Wegzug würde solch ein Kind jedoch gar keine Stunden mehr

bekommen. Sind dem Stadtrat solche Fälle bekannt? Inwiefern sollte die Stadt mit solchen Fällen umgehen? Inwiefern kann die Stadt sicherstellen, dass alle Kinder dieser Stadt die sonderschulische Unterstützung bekommen, die sie benötigen?

7. Durch den Wechsel von ISS zur ISR gibt es neu keine Fachleitung der HPS mehr der Sonderschulfälle. Inwiefern hat sich die Rolle der Fachbereichsleitung ISR an der KSB geändert? Sind die Fachleiter*innen an der KSB ebenfalls ausgebildete Fachpersonen?
8. Bei psychomotorischen oder logopädischen Massnahmen gibt es neu keine Unterscheidung mehr zwischen Therapiepersonal für Regelschulkinder und solche mit sonderschulischen Massnahmen. Die Wartezeiten für einen Therapieplatz für Regelschulkinder sind oft sehr lange. Gibt es weiterhin eine prioritäre Warteliste für ISR-Kinder oder befinden sich alle Kinder auf der gleichen Liste? Wie lange ist die durchschnittliche Wartezeit für einen Therapieplatz (Aufschlüsselung bei zwei Wartelisten)? Wie kann die Stadt dafür sorgen, dass die Wartezeiten für einen Therapieplatz verkleinert werden?
9. Wie wird der vermehrte Administrativ- und Führungsaufwand auf Ebene Schulleitung berücksichtigt?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 23. November 2022, 17 Uhr.